

# Vorwärts

Bestellungen  
nehmen an alle Postämtern und Buch-  
handlungen des In- u. Auslandes.

Billal-Expeditoren.  
New-York: 223. 2nd St. New-York  
Philadelphia: 2. 2nd St. New-York  
London: 1129 Charlotte St.

John N. J.: 2. 2nd St. New-York  
Chicago: 2. 2nd St. New-York  
San Francisco: 2. 2nd St. New-York  
Boston: 2. 2nd St. New-York

## Patriotismus des Kapitals.

Wir lesen folgende Notiz in der Tagespresse:  
Bei der am Sonnabend beendeten Sub-  
scription auf 30 Millionen Mark deutscher  
Reichsanleihe sind bei allen Zeichnungstellen  
zusammen nur 25 1/2 Millionen gezeichnet  
worden.

Uns fällt hierbei eine bekannte, aber immerhin  
sehr erwähnenswerthe Geschichte ein.  
Mit großer Vorliebe sprach man und spricht  
man von gegnerischer Seite immer von der Vater-  
landslosigkeit und dem Vaterlandsverrath der  
Sozialdemokratie — wir wollen hier diesen Vor-  
wurf auf die vorlauten Urheber abwälzen.

Als der Krieg 1870 erklärt war, wurde auch  
vom Norddeutschen Reichstage eine Anleihe, um  
das Vaterland zu verteidigen, in der Höhe von  
120 Millionen Thaler bewilligt. Auch damals  
wurde die ganze Summe nicht aufgebracht,  
weil — nach Angabe der national-patriotischen  
Blätter — nicht genug Kapital in Deutschland  
vorhanden sei.

Im November desselben Jahres wurde vom  
Reichstage wiederum eine Anleihe von 100 Mil-  
lionen Thaler bewilligt und in drei Tagen war  
diese Anleihe überzeichnet.

Wäre im Juni 1870 nicht genügend Kapital  
in Deutschland gewesen, woher wurde denn das-  
selbe bis zum November desselben Jahres ge-  
nommen?

Wir wollen die Antwort geben. Vor Sedan  
ließ man das Geld in Deutschland in den Banken  
und den „Feuerfesten“, weil der endgültige Sieg  
der deutschen Armee noch nicht gewiß war — man  
konnte ja die Procente oder gar etwas vom Ka-  
pital verlieren — da waren die Kapitalisten nicht  
national, nicht patriotisch.

Während eines Krieges vermehrt sich das Ka-  
pital in dem Lande eines der kriegführenden Theile  
sicherlich nicht: die Milliarden sind erst nach und  
nach in den Jahren 1871 und 72 nach Deutsch-  
land gelangt — und dennoch wurde die zweite  
Anleihe nach Sedan überzeichnet.

Dem Einfältigsten müssen da die Augen über-  
gehen!

Das Kapital in Deutschland engagierte sich bei  
der zweiten Anleihe deshalb so energisch, weil an  
eine Niederlage des deutschen Heeres nicht mehr  
zu denken war und weil es neben dem billigen  
Patriotismus noch gegen 11 Prozent einheimste.

Doch noch etwas. Während die deutsche Juli-  
Anleihe von deutschen Kapitalisten nicht auf-  
gebracht wurde, zeichneten Deutsche, die Banquiers  
Jüterbogk und Genossen, auf die französische  
Anleihe, die ihnen sicherer schien. Haben Die-  
selben sich getäuscht, so ist das bei jedem Börsen-  
spiel möglich.

Daß die neue winzige, in der obigen Notiz  
erwähnte Anleihe des deutschen Reiches nicht voll-  
ständig gezeichnet worden ist, das bedeutet nichts  
Gutes für unser Vaterland. Das Kapital ist miß-  
trauisch und das Kapital hat im Allgemeinen eine  
sehr feine Nase.

Die Machtstellung Deutschlands ist eben ge-  
fährdet — nach Außen durch die unglückliche, für  
Deutschland äußerst ungünstige „Lösung“ der orien-  
talischen Frage — nach Innen durch das noch  
unglücklichere Sozialistengesetz, durch die Aht-  
erklärung der besten Söhne des Vaterlands.

Troyalles patriotischen, bismarckfreundlichen Ge-  
schreies, welches die deutschen Kapitalisten anstim-  
men, trotz des frenetischen Rufs eben dieser Herren  
nach Ausnahmegesetzen gegen die Sozialisten, trotz  
allem bleibt das Kapital thatenlos bei einer  
Anleihe desselben Reiches, welches sie mit ihrem  
Geschrei verheerlichen.

„Biel Geschrei, wenig Wolle“ — und  
Das Kapital ist patriotisch bis an die  
Tasche, aber niemals bis in die Tasche.

## Ein erschütterndes Eingeständniß.

Jahrelang hat die Berliner „Volkszeitung“  
den Sozialismus bekämpft, und zwar mit Mitteln,  
die wir in Anbetracht der gegenwärtigen vernünftigen  
Haltung jenes Blattes unerwähnt lassen  
wollen; jene Mittel sind ja auch zur Genüge be-  
kannt, und Vassalle schon hat dieselben streng ge-  
geißelt.

Noch jetzt nennt die „Volkszeitung“ Vassalle  
einen Demagogen — thut nichts — auch das  
wollen wir ihr vergeben des erschütternden Ein-  
geständnisses halber, welches sie, die Repräsen-  
tantin des heutigen Staats und der heutigen  
Gesellschaft, in Bezug auf das Ausnahmegesetz  
gegen den Sozialismus macht.

Hören wir also. Die „Volkszeitung“ sagt:  
„Es macht einen ganz jammervollen Ein-  
druck, wenn vor der deutschen Nation, welche sich  
in einem Parlamente repräsentirt, worin neun,  
sage neun Sozialdemokraten unter vierhundert  
Gegnern der sozialdemokratischen Begünstigungen

Sitz und Stimme haben, die Behauptung aufge-  
stellt wird, daß diese neun Mann durch ihre Lehren  
im Stände sind, den Staat und die Gesellschaft  
zu untergraben oder gar umzustürzen und  
ihnen gegenüber die vierhundert mit all ihrem  
guten Willen in der Belehrung des Rechts und  
Guten dastehen! — Es macht einen noch jammervol-  
leren Eindruck, hinzugefügt zu sehen, daß die  
ordentliche Gesetzgebung des Staates nicht im  
Stande ist, denselben Jammer der Gesellschaft vor  
Untergrabung und Umsturz zu schützen. Den  
jammervollen Eindruck aber macht es, noch gar  
zu hören, daß die Richter des Landes nicht fähig  
sind, diese Gefahr herauszufühlen und etwaige ge-  
fährdende Handlungen in gerechtem Maße zu  
bestrafen, und nur der Polizei die hohe Einsicht,  
die große Weisheit und die Fülle der Macht zu-  
gesprochen werden müsse, um Staat und Gesell-  
schaft, Recht und Richter, Regierung und Parla-  
ment vor dem Untergang zu retten, mit dem die  
von den neun Mann dirigierte Umsturz-Aera alles,  
alles bedroht!“

Das alles macht allerdings einen jammervollen,  
ja, einen ganz jammervollen Eindruck. Aber,  
fragen wir die „Volkszeitung“, welchen Eindruck  
denn ihr Verhalten und das Verhalten der Fort-  
schrittspartei bei den jüngsten Reichstagswahlen in  
Berlin gemacht hat, als beide mit der Polizei  
durch Dick und Dünn gingen, als sie keine Lüge  
und Verleumdung scheuten, als sie fortwährend  
riefen: „Die Sozialdemokratie will Staat und Ge-  
sellschaft umstürzen“ — und weshalb das alles?  
Eben, um den zehnten sozialistischen Vertreter  
vom Reichstage fern zu halten. Das machte aller-  
dings den allerjammervollsten Eindruck!

Und daß wir jetzt in Deutschland so herunter-  
gekommen sind, das haben wesentlich die „Volks-  
zeitung“ und die Fortschrittspartei, die sich viel  
mehr gegen links als gegen rechts gewandt  
haben, mit verschuldet.

Doch hören wir die „Volkszeitung“ weiter:

„Welche Thaten liegen denn vor, solch eine  
Flucht der Bierhundert-Repräsentation vor der  
Neun-Mann-Gefahr hinter dem Polizeischutz zu  
begründen? — Man weist auf die Attentate hin,  
die mit Recht die ganze Nation mit tiefem Haß  
gegen die Urheber erfüllt haben. Aber einen un-  
mittelbaren Zusammenhang dieser Schandthaten  
mit der sozialdemokratischen Partei hat selbst kein  
Staatsanwalt und kein Minister behauptet. Außer-  
dem gesteht alle Welt, daß solche Verbrechen durch  
kein Ausnahmegesetz abgemindert werden können,  
wenn einmal Pläne oder Verschwörungen detart  
existiren. Vergehen anderer Art, die vorgekommen  
werden — das lehrt jeden Morgen jedes Zeitungs-  
blatt — vor den ordentlichen Gesetzen und vor  
den ordentlichen Gerichtshöfen mit durchaus nicht  
allzumilden Strafen belegt. Von einem Wider-  
stand gegen die obrigkeitliche Gewalt, —  
diesem Merkmal einer gefährdeten Ordnung, —  
zeigt sich nirgend eine Spur. Es bleibt also  
als Zeugniß der Gefahr, die man „Untergrabung“  
oder „Umsturz“ nennt, nichts übrig, als Lehren  
in mündlicher oder schriftlicher Form in sozial-  
demokratischen Versammlungen oder in der Presse  
ertheilt. Diese sollen die ganze Ordnung  
gefährdet haben oder noch gefährden. Die  
Verbreitung dieser Lehren soll verhindert werden.  
Und wenn man erst die Träger dieser Lehren durch  
die Polizei mundtot gemacht haben wird, dann  
wird man mit guten und richtigen Lehren auftreten  
und das verführte Volk wieder zur Einkehr in die  
Ordnung leiten.“

Und nun leiert die „Volkszeitung“ ihre Hilfs-  
mittel her; sie erklärt, die Sozialdemokratie mit  
Schaulustigen und Hirsch'schen Mitteln immer be-  
kämpft zu haben. Dieses Gewäsch ist albern. Darum  
antwortet die Reaktion mit vollem Recht: Du,  
„Volkszeitung“, du, Fortschrittspartei, hast aller-  
dings die Sozialdemokratie bekämpft, aber mit  
welchem Erfolge? Du bist immer geschlagen wor-  
den, elendiglich besiegt worden, weil deine Mittel  
nichts taugten.

Was kann darauf im Ernste die „Volkszei-  
tung“ antworten? Nichts! Ihre Mittel taugten  
ebenso wenig, wie die jetzigen der Regierung. Die  
Verleumdung ist doch gewiß nicht besser, als die  
Polizei.

Die Wissenschaft und die Ueberzeugung aber  
waren immer und sie sind noch bei der Sozial-  
demokratie.

Deshalb klingt uns der nachstehende Jammer-  
ruf der „Volkszeitung“, trotz des darin zur Schau  
getragenen Ernstes, fast komisch:

„Was aber jetzt als Heilmittel ergriffen werden  
soll, erscheint uns als ein ganz jammervoller Schlag  
in's Gesicht unseres gebildeten Jahrhun-  
derts, und ganz besonders als ein Schlag in's  
Gesicht der Nation, welche sich einer wirklichen  
Kulturmission in der Geschichte der Völker rühmt.  
Die Bierhundert-Repräsentation soll nicht stark  
genug sein, die Neun-Männer-Lehren vor den  
Augen der Nation zu verurtheilen, in jener wirk-

samen Weise, wie man Irreligion bekämpft oder  
verurtheilt! Der Beschluß der vierhundert gegen  
neun Mann — so wird vorausgesetzt — sei zu  
schwach und zu unwirksam im Volke. Die Nation  
höre nicht oder wolle nicht hören, was seine Re-  
präsentation in überwiegender Mehrheit als Grund-  
gesetze des Volkswohls erkennt und bekennt! Der  
Parlamentarismus, die öffentliche Stimme der  
Nation, sei eine wesenslose Potenz im Volksbe-  
wußtsein. Alles, was die Nation und Bierhun-  
dert-Repräsentation Gutes und Wahres will und  
mag, sei bedeutungslos und ohne Macht im Geiste  
und im Wesen des Volkes. Alles, was man  
in unserer Kulturgeschichte als Grundlage  
der Bildung und Gesittung des Volks-  
wesens betrachtet hat, sei nichtig, wirk-  
ungslos, so lange man den Neun-Mann-Lehren  
nicht den Mund verschließt! Nicht ein Kampf der  
Wahrheit gegen den Geist der Verwirrung, nein,  
die Polizei muß es thun! Die Polizei und nicht der  
Richter, die Ausnahme und nicht das ordentliche  
Recht! Die alte Kunst des Mundtodtmachens, die  
absolutistische Weisheit des Verbietens, die muß  
retten, sonst sind Staat und Gesellschaft ver-  
loren!“

Staat, Gesellschaft und die „Volkszeitung“ mit,  
Alles verloren, die heutige Bildung und Gesittung  
des Volkslebens und der „Volkszeitung“ verloren,  
Alles verloren!

Was wäre denn daran gelegen? Der heutige  
Staat ist reaktionär, die heutige Gesellschaft be-  
ruht auf Ausbeutung des Menschen durch den  
Menschen und die heutige Bildung — sie wird  
ja eben von der „Volkszeitung“ selbst als eine  
jammervolle bezeichnet, die heutige Gesittung aber  
— verhalte dein Antlitz, Pallas Athene!

Zum Schluß aber sei die „Volkszeitung“:

„Wir können nur sagen: im Angesichte der  
Nation ist solch ein Mundtodtmachen ein Zeugniß  
der parlamentarischen Schwäche, wie sie nur die  
absolutistischen Weiser der Reaktion sich wünschen  
können, und im Geiste des Volkes kann dergleichen  
nur aufgefaßt werden als ein Beweis, das sich die  
Bierhundert-Repräsentation geistig so schwach fühlt  
zum Kampf für ihre Ueberzeugung, daß sie die  
Neun-Männer-Lehren nur unterdrücken, nicht  
aber widerlegen kann!“

Für ein Organ, welches den heutigen Staat  
und die heutige Gesellschaft vertritt und vertheidigt,  
ist das allerdings

ein erschütterndes Eingeständniß.

## Aus Oesterreich.

Wien, den 7. Oktober.

Bei uns ist zwar kein Sozialistenvertilgungs-  
gesetz in Berathung, aber unsere Behörden ge-  
berden sich an verschiedenen Orten, namentlich in  
Böhmen genau so, als ob sie den Bismarck'schen  
Entwurf schon als fertiges Gesetz in der Tasche  
hätten. Man nimmt den Abonementen sozialistischer  
Zeitungen, wenn sie sich unterstehen, sich dieselben  
aus Ersparungsgründen im Packet zuzufenden zu  
lassen, die Blätter weg und erhebt Anlagen gegen  
die, denen man ihr rechtmäßiges Eigenthum, ohne  
auch nur den Schein eines Rechtes dafür zu  
haben, genommen hat; man fahndet nach Sozial-  
isten und sozialistischen Schriften und telegraphirt  
triumphirend an die liberalen Wiener Polizei-  
blätter, daß man bei dieser oder jener Hausdurch-  
suchung sozialistische Broschüren und Zeitungen, ja  
wohl gar Briefe von ausländischen (!) Sozial-  
demokraten gefunden habe, und der Philister, der  
das Gesetz nicht kennt, und nicht weiß, daß dies  
lauter vollkommen erlaubte Dinge sind, liest es  
schauend und staunt mit geheimen Grauen über  
die verbrecherische Kühnheit der Menschen, nicht  
ahnend, daß hier Niemand „verbricht“ als die  
„hohe Obrigkeit“ und Niemand das Gesetz verleiht,  
als die „Ibbl. Polizei“.

Wie „frei“ wir hier sind, geht schon daraus  
hervor, daß, obwohl nach unserem Staatsgrund-  
gesetz Jedermann das Recht hat, durch Wort,  
Schrift u. seine Meinung frei zu äußern, es noch  
Niemanden eingefallen ist, sich so lächerlich zu  
machen und eine Versammlung zur Besprechung  
der Occupation in Bosnien, für welche die über-  
wiegende Mehrheit der Bevölkerung nur Ver-  
wünschungen und Ausdrücke ohnmächtigen Horns  
und unterdrückter Wuth hat, einzuberufen. So  
sicher weiß man, daß eine solche, doch ganz und  
gar gesetzliche Versammlung nicht abgehalten wer-  
den dürfte, daß man Denjenigen für verrückt  
halten würde, der ein ähnliches Meeting, wie es  
jüngst in Pest tagte, hier eimeriese und dazu die  
polizeiliche Bewilligung zu erhalten hoffte. Und  
doch, an diesem Zustand, der den Angehörigen  
eines freieren Staates völlig unerträglich scheinen  
muß, „von Jugend auf gewohnt“, finden wir es  
ganz natürlich, daß die Vertreter der besitzenden  
Klassen einem Minister die aus dem Schweiß des  
armen Volkes gewonnenen Millionen leichten Her-  
zens votirt und daß unsere Brüder, Söhne und

Freunde aus ihrem Berufe und unseren Armen  
gerissen und in ein fremdes Land geschickt werden,  
um dort unter furchtbaren Mühelosigkeiten, An-  
strengungen und Entbehrungen in erbitterten, blü-  
tigen Kämpfen einem Volke seine Unabhängigkeit  
zu entreißen, die es heldenmüthig bis aufs Äußerste  
vertheidigt. Kein scharfer Ton wird in der Presse  
hörbar, da schon die zahmsten, gegen das herr-  
schende System gerichteten Aeußerungen unserer  
muthigeren liberalen Organe vom Staatsanwalt  
unterdrückt werden (natürlich auf dem Wege des  
objektiven Verfahrens, da in dieser Frage von  
den Geschwornen kein Schuldisput zu hoffen  
wäre), kein Laut der Mißbilligung regt sich in  
öffentlichen Versammlungen, weil solche, wie ge-  
sagt, gar nicht abgehalten werden können, und so  
scheint es, als ob wir mit allen, was über uns,  
über unser Gut und Blut von Seiten unserer  
väterlichen Regierung verhängt wird, ganz aus-  
nehmend zufrieden wären. Das Volk wird aber  
nur stumpf und kommt, da man es wie eine große  
Schafherde behandelt, nach und nach auf den  
geistigen Standpunkt einer solchen herunter. In  
Letzen der höchsten Noth, wenn den Regierenden  
das Wasser in den Mund läuft, wundern sie sich  
dann, wenn kein „Patriotismus“ in den Massen  
zu finden ist, den sie ihnen so lange Jahre hin-  
durch mit heißem Behühen, mit so viel Eifer und  
Gründlichkeit ausgetrieben haben.

Tausende von Familien, schon früher durch  
die Wirkungen der volkswirtschaftlichen Krise mit  
heruntergebracht, sind durch die Mobilisirung für  
Bosnien, die ihnen die Ernährer geraubt, dem  
tiefsten Elend preisgegeben. In verschiedenen  
„gutgesinnten“ bürgerlichen Kreisen, wo man zum  
Theil nach Auszeichnungen und Belohnungen von  
„oben“ lästern ist, zum Theil seine Eitelkeit in  
Comités von Wohlthätigkeits- und patriotischen  
Hilfsvereinen als „Herr Präsident“ oder „Kran-  
ken-Vizepräsidentin“ befriedigen will, wird zwar sehr  
viel Lärm und Geschrei gemacht und die Mei-  
nung zu erzeugen gesucht, daß da wirklich etwas  
Ersprießliches geleistet werde, ein Blick auf die Ge-  
gebnisse der Sammlungen beweist aber nur zu  
bald von neuem die alte Wahrheit, daß der heu-  
tige Staat colossales zu leisten vermag, wenn er  
Unglück zu verbreiten beginnt; daß er aber läg-  
lich ohnmächtig ist, wenn es gilt, die von ihm ge-  
schlagenen Wunden zu heilen, die Opfer der  
Dummheit eines Ministers zu retten und das all-  
gemeine Elend zu lindern.

Was speziell unsere Partei anbelangt, so ziehen  
wir aus der oben geschilderten Sachlage den Vor-  
theil, daß die andern Parteien lernen, was es  
heißt, der Regierung unangenehm sein; daß sie  
lernen, wie Pressefreiheit, Versammlungsrecht, und  
wie die andern schönen Dinge unserer papiernen  
Verfassung heißen, nur für den vorhanden sind,  
der ein „guter Patriot“, d. h. ein in allem und  
jedem der jeweiligen Regierung treu ergebener  
folgsamer „Unterthan“ ist, daß dieses gemüthliche  
Verhältniß aber sofort aufhört, sobald das Volk  
sich erdreht, in ernsthaften und wichtigen Dingen  
seinen eigenen, von den Regierungsgelüsten ab-  
weichenden Weg einzuschlagen.

Einen ähnlichen Erfolg erwarten wir auch  
in Deutschland nach Annahme des Sozialisten-Ge-  
setzes, an der wohl, wie wir unsere Herren „Li-  
beralen“ kennen, schließlich doch nicht zu zweifeln  
ist. Nach einigen Jahren werden sie wohl über  
die Konsequenzen ihres heutigen Thuns im  
Reinen sein. Sie nehmen aber auch zum „Ge-  
scheidtwerden“ ein, wie jener reiche Bauer, der  
vom Doktor durchaus eine Medizin verschrieben  
haben wollte, wodurch man „geschickt“ werden  
könnte. Der Doktor willfahrte ihm endlich und  
verschrieb ihm im Eingeständniß mit dem Apo-  
theker ein Elixir, von dem das Fläschchen fünf  
Dukaten kostete. Nach einem Jahre, so versicherte  
er ihn, wenn er einmal einige hundert Dukaten  
darauf verwendet haben werde, werde ihm plötz-  
lich ein Licht aufgehen und er werde dann erst  
einsehen, wie dumm er früher gewesen sei. —  
Den deutschen Liberalen wird auch, wenn sie die  
Nigur im Leibe haben, ein Licht aufgehen und  
der Herr Doktor wird sich ins Häufchen lachen.

Wir in Oesterreich (Egoisten, wie wir sind)  
freuen uns schon auf die in Deutschland geschrie-  
benen und in der Schweiz oder sonstwo gedruckten  
Parteiblätter, deren kräftigen, gefunden, durch  
keine Rücksicht gedämpften Ton wir schon zu  
hören vermögen. Die Leser des „Vorwärts“  
aber werden es verstehen, wie Börne sagt, wenn  
nicht mehr wie sonst gerade heraus „sechs“ ge-  
sagt wird, weil dies nicht erlaubt ist, und wenn  
er dafür „zweimal drei“ sagt, was, wie Börne  
behauptet, nicht verboten werden kann.

## Sozialpolitische Uebersicht.

Berlin, den 9. Oktober.

(Reichstag.) Der erste Gegenstand der T. O.:  
„Wahl des Bureaus“, ist rasch erledigt, weil das

Centrum (durch Windthorst's Mund) unter Protest gegen die ihm bei der ersten Wahl zu Theil gewordene Behandlung, in die von dem „Ältestenpräsidenten“ Bonin vorgeschlagene Wahl durch Akklamation einwilligt.

Nun — gegen 11 1/2 Uhr — tritt der Reichstag in den eigentlichen Gegenstand der Tagesordnung ein: die zweite Lesung des Umsturzgesetzes. Zuerst erhält das Wort ein Sprecher des Centrums: Freiherr v. Frankenstein. Er bereitet dem zahlreich anwesenden Publikum auf den Tribünen eine kleine Enttäuschung, indem er eine kurze Erklärung abliest, welche den — bekannten — Standpunkt seiner Partei zu dem Umsturzgesetz darlegt. Darnach scheint es, als ob das Centrum, das auch bis jetzt keine Amendements eingebracht hat, der Disjunktion fernzubleiben und sich um die heikle soziale Frage „herumzubringen“ beabsichtigt.

Das Wort erhält jetzt Herr v. Marschall, conservativer Abgeordneter für Pforzheim, und Streber. Derselbe — er ist, glaube ich, Staatsanwalt — findet das Gesetz nach jeder Richtung hin vortrefflich; anders liehe sich der Kampf gegen die Sozialdemokratie nicht führen; durch das gemeine Recht sei dieselbe nicht zu fassen; an einen Mißbrauch des Gesetzes sei nicht zu denken u. Der folgende Redner, Sonnemann, hat es leicht, den mehr eifrigen als intellektuell entwickelten Herrn Vorredner ad absurdum zu führen. Er befreit die Nothwendigkeit des Gesetzes, weist darauf hin, daß die Sozialdemokratie als solche sich streng auf dem Boden des Gesetzes gehalten und namentlich bei der letzten Wahl, trotz vielfacher Provocationen, eine bewundernswürdige Disziplin und Ruhe bewiesen habe. Vor wenigen Monaten sei ein ähnliches Gesetz vom Reichstag mit ungeheurer Mehrheit verworfen worden. Welcher Grund liege vor, jenen Beschluß rückgängig zu machen und das damals Verurtheilte zu sanktionieren? Ja, das zweite Attentat! Aber was hat dieses mit dem Gesetz zu thun? Robbing war kein Sozialdemokrat, er war ein Nationalliberaler. Wie könne ein vernünftiger Mensch auf die vereinzelte That eines der Sozialdemokratie fernstehenden Menschen hin die Sozialdemokratie außerhalb des Gesetzes erklären wollen? Redner kommt dann auf die vom Berliner „Tageblatt“ veröffentlichten gefälschten „Auszüge“ aus den Robbing'schen Untersuchungsakten und zeigt, daß das „Attentatsfieber“ künstlich erzeugt worden. Er unterwirft die Bismarck'sche Politik im Allgemeinen und das Gesetzesvorlage im Besonderen einer, von seinem Standpunkte aus, wohlgeleiteten Kritik, desavouiert die Commune von Paris, meint, jener ausländische Schriftsteller habe den Nagel auf den Kopf getroffen, der von Bismarck gelagt, „er kenne Europa, aber nicht Deutschland“, und geißelt zum Schluß in treffender Weise die traurige Haltung der nationalliberalen Partei in dieser Angelegenheit. Besonders schlecht kommen dabei die Herren Loder und Bambergert weg; ersterer so schlecht, daß der Präsident sich seiner erbarmen muß.

„Der Fürst Reichskanzler hat das Wort!“ ER erhebt sich, schwingt nervös den „historischen“ Bleistift, schwingt den Oberkörper hin und her gleich einem Pendel und fängt an zu — plau-

dem. ER hat an den Veröffentlichungen des „Tageblatt“ keine Schuld. Die Frankfurter Zeitung habe sehr intime Beziehungen zu Frankreich; sie bringe Mittheilungen aus Regierungsquellen bevor die übrige Presse etwas wisse. Kurz etwas Behuliches wie Landesverrath wird der „Frankfurter Zeitung“ insinuiert — natürlich nicht in denunciatorischer Absicht. Dann wird die „Times“ bloßgestellt; sie habe Bismarck als Sprachrohr gedient (eine „Enthüllung“ die der „Times“ nicht sehr behagen dürfte!); ER sei für alle wirklichen Maßregeln zur Hebung der Lage des Volks; sei noch heute für Produktiv-Associationen mit Staatshilfe. Man solle JWR nur positive Vorschläge bringen. Wir seien aber bloß negativ. Wägen nicht was wir wollten; hätten kein klares Programm. — Seit 1870 sei der deutsche Sozialismus verderbt. Damals, nach der Niederlage der Commune (zufällig 1871) habe die Internationale sich auf Deutschland geworfen, wo die Fortschrittspartei das Feld gut vorbereitet habe, und sonst die günstigsten Bedingungen vorhanden gewesen seien. „Die Gesetze sind viel zu mild. Die Todesstrafe war thatsächlich abgeschafft. Ich bin deshalb Sr. Mgl. Hoheit außerordentlich dankbar, daß er wenigstens ein Todesurtheil bestätigt hat.“ Kurz in Deutschland sei Alles bisher aufs Beste für die Sozialdemokratie „eingeregelt“ gewesen. Das „Agitatorengeschäft“ sei deshalb ein sehr dankbares geworden, man werde „Agitator“, wie man früher Schmied und Tischler geworden. Die Frucht sei nun zu Tage getreten. Man müsse einschreiten. Die sozialdemokratischen Vertreter im Reichstag, indem sie sich geweigert, der Negierung zu Schutzmaßregeln gegen weitere Attentate behüßlich zu sein, hätten jede weitere Rücksicht unmöglich gemacht. (Die Zornstimmung, daß die Sozialdemokraten bei Drehung des Stricks, an den man sie hängen will, behüßlich sein sollen, ist etwas stark!) da sei die Fortschrittspartei braver; Herr Hänel (der sich für das Lob bedanken möge) sei in anerkannter Weise, wohlthätigster Weise der Regierung entgegengekommen — durch seinen famosen „positiven Vorschlag“. Indef von der Fortschrittspartei sei vorläufig noch keine Unterstützung zu erwarten. Von den zwei conservativen Fraktionen und den Nationalliberalen hänge das Schicksal der Vorlage ab. Er (Bismarck) bitte dieselben, im Interesse des Vaterlands, sich doch ja zu verständigen. Wer seine Ziele mißspreche, der solle doch mit ihm gehen. Er habe, als er den Reichstag aufgelöst, gehofft, daß die Abgeordneten dieser beiden Parteien, auf deren Patriotismus er vertraue, sämtlich wiedergewählt würden, um ihm jetzt zur Seite stehen zu können, (eine lächerliche Behauptung, die einigen der „an die Wand gedrückten“ Nationalliberalen etwache zweifelnde Ohren entlockte). Inleht wurde der Herr Reichskanzler ganz sentimental und appelliert an die patriotischen Gefühle der vereinigten Reaktionen. Sein Wunsch gehe über das Gesetz hinaus: es möge sich aus der conservativen und nationalliberalen Fraktion eine feste Partei bilden, welche mit der Regierung treu zusammenstehe. (Partei Knobloch!)

Nur sehr dünner Beifall lohnte dem Fürst Reichskanzler, als er sich, von seiner anderthalb-

stündigen Plauderei erschöpft, niedersetzte. Die Nationalliberalen leisteten höchstens ein halbes Duzend Bravo's. Sie mögen noch so gute Wiene zum bösen Spiel zu machen suchen — daß sie eine nicht weniger als heldenhafte Rolle spielen, ist Jedem von ihnen vollständig klar.

„Der Abgeordnete Hänel hat das Wort!“ Der arme Hänel, den das Bismarck'sche Lob wie ein Keulenschlag getroffen, beginnt unter allgemeiner Unaufmerksamkeit des Hauses. Er braucht einige Minuten, ehe er sich an dem geduldeten Seil seines Pastorenpathos einigermaßen ausgerichtet. „Die Fortschrittspartei ist nicht rein negierend“ (als ob Bismarck nicht ihre „positive“ Willfährigkeit ausdrücklich belobigt hätte!); „wir sind so loyal wie die Conservativen“ u. s. w. u. s. w. Das Beste an dieser Rede ist ihre Kürze. Ordentlich erfrischend wirkt das urwüchsige Geplöter seines Nachfolgers, eines komischen Kaufes Namens Schmid, den irgend ein Württembergischer Wahlkreis in die conservativ Fraktion spedirt hat. Die Stimme ist gut, Gedanken: null. Leider hat er nicht so viel Barmherzigkeit mit den Zuhörern, wie Hänel, und thut es nicht unter 43 Minuten!

Hatten wir bei Schmid scharfe Stimme und stumpfe Gedanken, so hatten wir beim nächsten (und wahrscheinlich letzten Redner des Tages), dem Partikularisten Bruel von Hannover, scharfe Gedanken und stumpfe, fast unvernehmliche Stimme. In erster Weise tabelte er, daß Bebel nicht in die Commission gewählt sei und ebenso wollte er nicht zugeben, daß alles Eigenthum als unbedingt heilig angesehen werden müsse. Es gäbe Eigenthum genug, das diesen Anspruch nicht erheben könne. Sei es auch nicht möglich, die alte jehüdische Einrichtung der alle 50 Jahre wiederkehrenden Aufhebung aller Schulden u. s. w. neu einzuführen, so könne doch Vieles geschehen, um das wahre Eigenthum zu schützen, und besonders die Kirche habe die Aufgabe, in dieser Richtung zu wirken. Sie sei dazu auch entschlossen. Vergeblich suche er aber nach den Gründen für das vorliegende Gesetz. Bezüglich der Attentate sei nichts von Belang angeführt, denn die Aeußerung Eulenburger's, daß die Bewegung in einem Wirrtöpfe zu schlechten Thaten anregen könne, beweise gar nichts; bei einem Wirrtöpfe könne jede Bewegung Berrücktheiten erzeugen. Die vielen, oft durch unsittliche Denunziationen herbeigeführten und keineswegs milde, sondern überaus hart bestrafte Majestätsbeleidigungen seien dem Umfande geschuldet, daß die Person des Kaisers zum Gegenstande einer Unzahl von Aeußerungen bei Gelegenheit der Attentate gemacht sei und unter diesen seien viele abgeurtheilt, bei denen von einer Beleidigung gar keine Rede sein könne. Während von 1872 bis 1876 grobe Verbrechen, wie Mord, Raub u. s. w. um ca. 100 Prozent zugenommen, seien Majestätsbeleidigungen in jener Zeit nicht in ihrer Anzahl gewachsen. Die Attentate hätten viele unbedachte Aeußerungen veranlaßt. Man möge aber auch bedenken, mit welchen Gefühlen seine Landsleute, die Hannoveraner, ihrem jetzigen Herrscher gegenüberständen; diese Gefühle könne er am besten charakterisiren durch einen Hinweis auf die napoleonische Fremdherrschaft. (Diesen Ausdruck bezeichnet der Vorsitzende, Freiherr von Stauffenberg, beim Schluß der Rede, nach-

dem er das stenographische Protokoll eingesehen, als ungehörig.) Wenn man hinweise auf die Schäbigung des Sinnes für Recht und Gatte, so sei zu bedenken, wie sehr der Kulturkampf, der das Volk in seinen religiösen Gefühlen tief gekränkt, wie sehr die 1868 nach ungerechtfertigtem Bruche von „Frieden und Bund“ erfolgte Entthronung legitimer Fürsten, die vertragwidrige Innehaltung ihres Vermögens u. s. w. den Sinn für das Recht im Volke zerstören mußte. Der Klassenhaß könne keine größere Unterstützung finden, als durch das vorgelegte Gesetz, und es sei nicht zu verkennen, daß die Maßregelungen und Entlassungen von Arbeitern eine tiefe Verstimmlung hervorgerufen. Es sei nothwendig, auf dem verbotlichen Wege umzukehren. Die sozialdemokratische Agitation würde nie so groß geworden sein, wären nicht wirkliche und bedeutende Mißstände vorhanden, an deren Beseitigung bis jetzt nicht gedacht sei. Komme das Gesetz zu Stande, so werde zu den bisherigen „Reichsfeinden“ noch der ganze vierte Stand gestellt, dessen Interessen durch dasselbe auf das Tiefste geschädigt würden. Es sei das der Weg zu unheilvollen Revolutionen. Redner kritisiert dann den § 1 in seiner jetzigen Fassung mit großer Schärfe und empfiehlt schließlich ein von ihm gestelltes Amendement.

Zwischen ist es 4 1/2 Uhr geworden, das Haus ist müde, ein Schlussantrag wird eingebracht und angenommen. Es kommen die persönlichen Bemerkungen. Was der unglückliche Vasser zu sagen hatte, ist gleichgültig. Sonnemann forderte den Reichskanzler auf, seine Insinuationen zu substantiiren, Beweise für seine Anklagen zu bringen. So lange Beweise nicht erbracht, seien diese Insinuationen verdächtigende Unwahrheiten. Fürst Bismarck behauptet, keine Anklage erhoben zu haben. Sonnemann läßt JWR ab r nicht los, das ganze Haus sei Zeuge der ihm gewordenen Beleidigung. (Fürst Bismarck verschwindet aus dem Haus.) Er wiederhole, die Insinuationen des Herrn Reichskanzlers entbehren jeder Begründung und seien absolut unwahr. Er fordere Beweise oder Widerruf. Fürst Bismarck bleibt verschwunden.

Unter großer Unruhe und in einer von Bewunderung des Fürsten Bismarck sehr entfernter Stimmung schließt der Reichstag kurz vor 5 Uhr. Morgen 11 Uhr Fortsetzung der heutigen Tagesordnung. Die zweite Lesung dauert voraussichtlich bis Sonnabend.

—, den 10. Oktober.

Der Jubrand des Publikums zu der heutigen Reichstags-Sitzung ist ebenso lebhaft wie gestern — alle Zuhörertribünen sind gefüllt.

Die Sitzung wird kurz vor 1/2 12 Uhr eröffnet; der Präsident erteilt sofort das Wort an Hasselmann. Nach einigen einleitenden Worten, in denen er ausspricht, daß die Sozialdemokratie weder durch das Ausnahmengesetz noch durch andere Mittel auszurotten sei, kommt Hasselmann auf die geistige Plauderei Bismarck's zurück; widerlegt dessen Vorwurf, daß die Sozialdemokraten keine praktischen, positiven Vorschläge gemacht hätten, durch Hinweis auf die Reichstagsverhandlungen und unser Programm, und beschäftigt sich dann mit den sonderbaren Vorstellungen des Fürsten

### Die drohende Polizeifahr.

Der königl. Geheimen Regierungsrath L. Jacobi (früher ein glühender Sozialistenhasser) giebt eine Monatschrift für deutsche Beamte heraus, welche außer den Sachartikeln auch kleinere Aufsätze über verschiedene Zeitfragen enthält. Da befindet sich auch im neunten Heft dieses Jahrganges ein sehr lesenswerthes Urtheil über eine direct zur Sozialistenbekehrung geschriebene Schrift, daß wir dieselbe unseren Lesern nicht vorenthalten wollen.

Der Artikel des Geheimen Rath Jacobi lautet: „Wie man hört, wird gegenwärtig durch die Obrigkeit ein Schritchen von Karl v. Raumer: „Das Familienleben des Volkes unter Berücksichtigung der Lehren der Sozialdemokratie, besprochen für das Volk“, (Breslau, im Selbstverlage des Verfassers, 1878), vertheilt, um in den von der Sozialdemokratie unterwühlten Kreisen verbreitet zu werden.

„Es ist gewiß an und für sich löblich, wenn gegen das Verderben der Sozialdemokratie nicht nur der leichte und breite Weg der Verbote und Strafen, sondern auch der schmale und schwierige Pfad der Belehrung betreten wird. Es kann auch bereitwillig anerkannt werden, daß die Lehren, welche Herr von Raumer spendet, nicht nur von dem wohlmeinendsten Geiste eingegeben und meistens ansprechend, im Wesentlichen wirklich vollständig gefaßt sind, sondern auch zum großen Theile volle Berücksichtigung verdienen. Er schildert in 8 Abschnitten (die Ehe; die Mutter, als Pflegerin; Erziehern; Lehrern; Haushälterin; — die Erwerbsthätigkeit des Weibes; die Fortbildung der Kinder; die politische Stellung der Frau; Religion; Alter) die Pflichten und den Segen eines sittlichen Hauswesens so lebhaft, warm und innig, daß man sicher sein darf, er habe an sich selbst das Wort erprobt: „Hauslichkeit! In Deines Glüdes Frieden liegt allein der Mensch großes Noos!“ Und dessen ungeachtet halte ich dafür, daß die Abwehr der Sozialdemokratie eine verfehlte sei und sogar das Gegentheil erzielen könnte. Der Ausgangspunkt der ganzen Schrift ist in E. verkehrt und verderblich. Sie beginnt mit folgenden Worten: „Eine der herrlichsten Thatfachen der göttlichen Schöpfung ist es, daß die edelsten Güter des Lebens auch dem Armuten zu Theil wurden; zu diesen Gütern gehört auch die Liebe. Der Arme kann also mit derselben Liebe um die Hand der Jungfrau werben, wie der Reiche. Es liegt in solcher Gleichberechtigung eine große Gnade

Gottes, und die Erkenntniß derselben muß den Armen mit Dank erfüllen.“ In gleicher Weise geht der Abschnitt „Die Mutter“ davon aus, daß das „Muttersglück, die Mutterliebe ebenfalls wieder zu den herrlichen Schätzen gehört, welche durch Gottes Gnade in gleichem Maße unter Arm und Reich vertheilt sind.“ — Also wirklich, — das soll der Arme als eine Gottes-Gnade betrachten, dafür soll er Gott danken und preisen, daß ihm, obwohl er arm, dennoch die Liebe, die Ehe und das Elternglück nicht verlagert sind? Wie denn, — sind „die Armen“, „das niedere Volk“, nicht Glieder derselben Menschheit gleich den Reichen? Sind sie nicht auch Fleisch von Adam's Fleisch und Blut von Adam's Blut? Wo stehen sie denn auf der Stufenleiter der Erdbewohner? Hat jene Gottesgabe nicht auch das Thier in seiner thierischen Weise? Und der Arme soll vor dem Schöpfer anbeten, daß er trotz seiner Armut dessen nicht beraubt sei, was die Natur auch den vierbeinigen Wesen gegeben hat? Wissen Sie, Herr v. Raumer, was Ihnen die Armen, wenigstens die sozialdemokratisch angehauchten, erwidern werden: Danken? nein, im Gegentheil fluchen müßten wir dem Gott, der auch jene Herzengüter an den Rammon gebunden hätte!“ Was dem Verfasser vielleicht vorgeschwebt hat, würde in folgender Form des Gedankens annehmbar gewesen sein: „Ihr Reichen brüht Euch nicht, Ihr Armen verweist nicht, denn die herrlichsten Schätze auf Erden sind doch gleich vertheilt!“ Aber unerträglich ist der Trost, daß der liebe Gott die Armen doch auch noch gleich Menschen betrachtet, indem er ihnen die ersten menschlichen Gefühle vergönnt. Diese unglückselige Scheidung zwischen den eigentlichen Menschen und den Armen wiederholt sich auch S. 42 in den Worten: „Man wird doch der Mutter (der Armen) nicht weniger zutrauen dürfen, als dem Thiere?“

„Wer da glaubt, daß eine Schrift, durch welche solch ein schwarzer Faden läuft, bei den Armen Anklang finden könne, wer da nicht glaubt, daß viele bei jenen ersten Worten allsogleich das Büchlein wegwerfen werden, der kennt das „niedere Volk“ nicht, am wenigsten in den „sozialdemokratisch unterwühlten“ Kreisen. Schon jene Bezeichnung: „Das niedere Volk“, welche vom Titel ab durch alle Seiten läuft, ist möglichst ungeschickt gewählt von dem, der bei dem „niederen Volk“ Eingang finden will. Es liegt hierin (ohne alle Absicht des Verfassers) etwas Herabsetzendes, welches bei der Empfindlichkeit, der Selbstachtung, dem Gefühle der Gleichberechtigung, wovon heut-

zutage „das niedere Volk“ von Außen her künstlich überfällt ist, nur zurückstoßend wirken kann. Warum denn nicht lieber den Titel wählen, der — wenn auch nicht ganz zutreffend — doch allgemein üblich ist: — die „Arbeiter“? Wer sich die schwierige Aufgabe stellt, in die vorurtheilserfüllten Schichten unseres Volkes Eingang zu finden, der muß vor Allem bedenken: „Seid klug, wie die Schlangen!“

„Abgesehen von dieser verfehlten Einleitung der ganzen Schrift, leidet sie auch sonst an recht schwachen Stellen, welche freilich aus derselben Wurzel stammen. So eifert der Verfasser gegen die Frauenarbeit außer dem Hause und wendet das holländische Wort an: „Sufte nicht, of heem!“ (Sonst nicht, nur nach Haus!) Gut, nun aber heißt es weiter: Heilung sei nicht von gesellschaftlichen Maßregeln zu erwarten. Die Umkehr könne nur aus dem Volke kommen. — „dies sei Pflicht der Männer“ und diese vermögen es durch Fleiß und Sparsamkeit.“ Nicht die Arbeitgeber; denn: „soll der einzelne Fabrikbesitzer freiwillig die billigeren Frauenarbeit ablehnen, sich so vielleicht die Möglichkeit nehmen, in Bezug auf die Preise der Fabrikate mit anderen Fabrikanten zu konkurriren? Können ihr dies von dem einzelnen Arbeitgeber verlangen?“ „Nun,“ würde der Arbeiter erwidern, „wie können Sie denn aber von dem einzelnen Arbeiter oder von allen Arbeitern verlangen, daß sie, bei dem jetzigen Druck der Löhne, auf den Zuspruch der Frauenarbeit in der Fabrik verzichten? Haben Sie doch die Gefälligkeit, sich an meiner Statt an den Maschinenmehrwahl zu denken und durch Fleiß und Sparsamkeit sowohl mehr zu verdienen, daß die bisher neben mir beschäftigte Frau ruhig daheim der Kinder und des Hauswesens warten kann.“ Ich meine, Herr v. Raumer hätte besser gethan, Arbeiter, Arbeitgeber und Gesetzgebung gemeinsam zur Abwehr des Uebels aufzurufen, nicht alle Schuld auf jene allein zu werfen. Namentlich die Gesetzgebung sollte den in dem Arbeiterlande schon sehr verbreiteten Wunsch, die außerhäusliche Frauenarbeit zu verdrängen, mehr und mehr zu unterstützen suchen.

„Ebenso einseitig ist es, wenn der Verfasser behauptet, „die Arbeiter haben es den Arbeitgebern“ durch Aeußerungen der Unzufriedenheit, der Annahme abgewöhnt, daß letztere die Erkeren zu ihrer Familie rechnen. Verdrossenheit, Widerspenstigkeit schäme aus den Augen der Gesellen. Unter solchen Umständen sei es kein Wunder, wenn auch die Arbeitgeber das Interesse für die Ar-

beiter verlieren, — sie nicht zu ihrer Familie zählen, — sie nicht an ihrem Tische mit sitzen lassen, sondern ihnen Kostgeld geben. — Ich will nicht fragen, weshalb Krupp, Vorfig oder in Breslau Ruffer nicht wenigstens den Versuch gemacht haben, ihre Arbeiter, mindestens die unwehrlatheten, zu ihrer Familie zu rechnen und an ihrem Tische sitzen zu lassen; — ich will nur fragen, wie denn Herr v. Raumer, diemil et m. W. Biegeleibiger war, sich hierzu verhalten hat? Moralpredigen ist leicht, doch gegen den Stachel der Wirklichkeit lösen, sehr schwer. Die Großindustrie hat jene Familiengemeinschaft von Arbeitgebern und Arbeitern unwiderstehlich aufgelöst; — es ist durchaus verkehrt, den Arbeiter hierfür in erster Reihe verantwortlich zu machen.

Bei anderen Stellen hätte ich sehr gewünscht, daß der Verfasser neben den Vorwürfen gegen das „niedere Volk“ auch die Warnung gesetzt hätte: „Aber vornehmlich folget nicht dem bösen Beispiele der Reichen!“ Denn wenn es z. B. heißt: „Ihr Eltern des niederen Volkes, werfet einen Blick auf eure halberwachsenen Kinder. Erörthet Ihr nicht, wenn Ihr die 15- oder 16-jährigen Kinder in großen Städten arbeitslos herumsummeln seht? Die Hände in den Hosentaschen, die Cigarette im Munde, das Gesicht von Spirituosen geröthet, eine lächerliche Dirne zur Seite —“; darf man da nicht mutatis mutandis interpelliren: „Ihr Eltern der oberen Behtausend?“

„Kurzum, ich fürchte, daß dies höchst wohl gemeinte Büchlein in den Schichten des „niederen Volkes“ nichts fruchten, sondern eher — den Klassenhaß, wie Del das Feuer nähren wird. — Wer zu den Arbeitern heute mit Erfolg sprechen will, entzähle sich vor Allem, sie als das zu betrachten und zu behandeln, was sie staatsrechtlich und christlich sind: als Seinesgleichen, als seine Brüder, und hänge das Kleid der Standesunterschiede einmal an den Nagel!“ —

Der Artikel ist gut, aber — für die, die es treffen soll, überflüssig. Die „oberen Behtausend“ sind allzusehr durch ihre Unkenntniß des Volkslebens und der Arbeit vor solchen Ermahnungen geschützt, daß es gar nicht besonders bedarf, um solche Ermahnungen völlig in den Wind zu schlagen.

Was aber die arbeitende Klasse von einer „Obrigkeit“ zu erwarten hat, die das Schweben des Herrn von Raumer empfiehlt, das wird jeder Arbeiter sich selbst sagen können.

Bismarck von den Ursachen des Wachstums der Sozialdemokratie in Deutschland. Unsere Gegner selbst, und die von ihnen geschaffenen und aufrechterhaltenen Zustände sind es, welche die Sozialdemokratie großgezogen haben. Die wirtschaftliche Anarchie, der Milliarden-Schwund, die Dotationen an Bismarck und einige Generale, während die Landwehrleute, die Ansehen empfangen haben, ausgepöbelnd werden — kurz, die heutigen Zustände in ihrer Gesamtheit werden einer scharfen Kritik unterzogen.

Den weiteren Vorwurf des Fürsten Bismarck: wir scheuten uns im Reichstag unser Programm voll zu entwickeln, richte sich in Wahrheit gegen die Geschäftsordnung des Reichstags, welche uns hierin gebietet.

Hierauf geht Redner dazu über, die Grundlagen unseres Programms und die Hauptforderungen desselben zu begründen und gegen alle Angriffe zu verteidigen.

An diesem Programm hatten wir fest. Wir erstreben nicht die gewaltsame Revolution. Unsere Gegner scheinen aber darauf hinarbeiten zu wollen. Werde das Volk zu sehr gereizt, so könne allerdings ein Punkt erreicht werden, wo seine Geduld erschöpft sei.

Wegen dieser Bemerkung, die hier — dem Sinne nach correct wiedergegeben ist, wird Haffelmann zur Ordnung gerufen, weil darin „eine indirekte Aufforderung zum Aufruhr“ enthalten sei! Haffelmann schließt:

„Fürst Bismarck möge an den 18. März 1848 denken!“

Großer Tumult.

Nun betritt die Rednerbühne Herr Löwe (von Galtso), Chef der „Gruppe Löwe“, Präsident des Stuttgarter Kampfparlaments, Erdemokrat, Ex-fortschrittler. Mit seiner monotonen Sprechweise bringt er ein paar Finalitäten gegen die Sozialdemokratie vor, und hält dann eine Lobrede: zuerst auf die Schulze'schen Genossenschaften und dann auf das „Ausnahmengesetz“. So tief ist dieser Löwe gesunken. „Das Gesetz, das wir machen, ist kein Klassengesetz, es ist ein Gesetz gegen die gewerksmäßigen Agitatoren.“ — „Ich muß mich dagegen verwahren, daß dieses Gesetz ein Klassengesetz sei.“ — „Es werden Niemand als den Sozialdemokraten Rechte genommen.“ — „Die Arbeiter leiden unter dem Terrorismus, den die Führer der Sozialdemokratie ausüben; sie sind froh, wenn sie durch dieses Gesetz von ihm erlöst werden.“ — „Das Gesetz wird keine Diskussion über die soziale Frage verhindern.“ Und ähnliches reaktionäres Zeug.

Volle dreiviertel Stunden dauerten die reaktionären Parabeln des pabelgewordenen Löwen. Als er nicht länger konnte und, erschöpft, das grausame Spiel einstellen mußte, wurde die Rednerbühne frei für den Elässer „Protektor“ Winterer, der, von seinem Standpunkte aus, mit bekanntem Geschick die Gesetzesvorlage bekämpfte. „Die Elässer, die seit 7 Jahren unter Ausnahmengesetzen leben, wissen was ein Ausnahmengesetz ist. Welchen Mißbrauch das vorliegende Gesetz sei, erbelle aus der That, daß er selbst, der entschiedenste Gegner des Sozialismus, amtlich von der Elässer Regierung als Sozialist hingestellt worden sei.“ Redner weist dann darauf hin, daß 1874 der sozialistische Candidat Liebkecht's in Wülflingen von den preussischen Behörden Vorwurf geleistet worden sei, weil man die Protestpartei habe sprengen wollen; das werfe, gleich ähnlichen Vorgängen, ein sonderbares Licht auf die Motive der Reichsregierung bei Vorlage dieses Gesetzes. Wie dem Sozialismus zu begegnen sei, habe sein Colleague Dolfus gelegentlich der ersten Lesung auseinandergesetzt. Der Sozialismus sei der Todfeind des Katholizismus genannt worden. Er (Winterer) sei Niemandes Todfeind, also auch nicht der Sozialisten, aber er sei der Todfeind des Sozialismus.

Auf Winterer folgt der nationalliberale „Staatsmann“ Bennigsen, der sich der schwierigen und undankbaren Aufgabe unterzieht, sein Votum von heute mit seinem Votum vom 24. Mai in Harmonie zu bringen. Zu diesem Zweck bezieht er das Roth der Wissenschaft. Soweit der Sozialismus Lehre, Weltanschauung, sei er berechtigt, dürfe er in seiner Entwicklung nicht gehemmt werden. Keine Regierung werde es wagen, gegen Lehren und Wissenschaft vorzugehen (?), kein Parlament werde den Versuch wagen. Es ist ihr Pflicht, die jetzigen Eigentumsverhältnisse als endgültige zu betrachten. Die Produktion sei in befähigtem Fluß. Die moderne kapitalistische Produktionsform sei nicht die letzte Produktionsform. Könnten wir den Schleier der nächsten Zukunft lüften, wir würden vermuthlich befremdendere und verwunderlichere Bilder erblicken, als die Vergangenheit uns darbietet. Aber die sozialen und politischen Gestaltungen der Zukunft zu schaffen, sei Sache der Zukunft. Die Gegenwart dürfe nicht vorgreifen.

Und nun hat das Köhlein den Reiter glücklich dahin gebracht, wo er hin wollte.

Die Sozialdemokratie greift der Zukunft vor. Sie greift gewaltthätig vor. Und so weiter. Zum Schluss Complimente an den Herrn Reichsfanzler und elegante Variation des Bamberger'schen: Hunde sind wir ja doch! Wir sind bereit, dankbar und gerührt die Hand zu ergreifen, welche uns noch eben so hart geprügelt hat, und das Ausnahmengesetz nach Wunsch zu apportieren. Fällt für diese — Gefälligkeit eine kleine Belohnung ob in Gestalt eines Ministerportefeuilles, gut! Und wenn nicht, — auch gut. Wir werden nichts abnehmen. „Hunde sind wir ja doch.“

Bennigsen's Schlusswort: „Unsere Staatsmänner sind jetzt auf die Probe gestellt“ werden wir dem „Staatsmann“ Bennigsen vielleicht einst in's Gedächtniß rufen.

Ein Schlußantrag wird angenommen — es

ist 1/4 Uhr — und Herr General-Staatsanwalt von Schwarze bekommt das Wort zu seinem Referat. Dasselbe fällt sehr kurz aus und gipfelt in den Worten, daß ja Jedermann wisse, was unter den sozialistischen u. Bestrebungen zu verstehen sei! Da auch Fürst Bismarck, der zu Beginn der Rede Bennigsen's in das Haus trat, keine Erklärung und Definition zu geben für nöthig hält, bleibt es also dem Ermessen der Polizei überlassen, die sozialistischen u. Bestrebungen nach ihrer Façon zu interpretiren und auszuführen.

Kurz vor 4 Uhr beginnt die Abstimmung. Ein Antrag auf namentliche Abstimmung liegt leider nicht vor — das Centrum will ihn erst zur dritten Lesung stellen.

Die Conservativen und Nationalliberalen erheben sich wie ein Mann — auch die „Mannesseele“, die betrübt und schweigend dagehessen, steht auf! — für das Amendement, welches „die Eintraacht der Bevölkerung“ unter seinen papierernen Schutz nimmt, und schließlich für den Commissionsantrag mit diesem Amendement.

Das Amendement ist weder eine Verbesserung noch eine Verschlechterung. Das Gesetz ist derart, daß es ebenso wenig verbessert als verschlechtert werden kann.

Nachdem der entscheidende Sprung über den Stod gethan, empfindet das hohe Haus das Bedürfnis nach Ruhe, ein Antrag auf Vertagung findet fast einstimmige Annahme.

Nächste Sitzung morgen Vormittag 11 Uhr. Es ist sehr fraglich, ob die zweite Lesung diese Woche noch zu Ende geht.

Den heuchlerischen Liberalen liest die in Leipzig erscheinende „Allgemeine evangelisch-lutherische Kirchenzeitung“ in derber, aber immerhin trefflicher Weise den Text, indem sie sich über die jüngste Reichstagsrede Vebel's in folgender Weise äußert:

„Vebel durste fragen, ob denn die atheistischen und materialistischen Anschauungen, als deren Heerd man die Sozialdemokratie anklagt, von Sozialdemokraten wissenschaftlich begründet, ob die „vier Auflagen“, welche Strauß' „Alter und Neuer Glaube“ erlebt, von Sozialdemokraten und Arbeitern gekauft worden seien. Er konnte hinweisen auf Ph. Mainländer's „Philosophie der Erlösung“, welche als den von der Menschheit angestrebten idealen Zustand den Sozialdemokratismus bezeichne, und damit abschließen, daß die Sozialdemokratie überall nur die Lehren der Wissenschaft anzuerkennen, weiter zu verbreiten, zu popularisiren und in Fleisch und Blut der Nation und des Organismus von Staat und Gesellschaft einzuführen brauche und suche; „und das alles soll Verbrechen sein.“ Die Sozialdemokraten werden nun ja wohl ihre Bezugsquellen selbst am besten anzugeben wissen; und ebenso unwidersprechlich ist dann Vebel's Schlussmoral. Ist diese freie Wissenschaft eine so edle Blüthe, wie unsere Kulturkämpfer vertheidern, so dürfen sie auch die Frucht nicht Gift nennen, und umgekehrt. Diese freie Wissenschaft ist ja freilich sehr brauchbar, um den Leuten das ärgerliche Christenthum auszutreiben; aber fatal ist doch, daß auch sie wie alles ihre zwei Seiten hat. Daß, um mit Strauß zu reden, die Kage die Mäuse fängt, wäre schon recht; wenn sie nur nicht auch den Braten sich aneignet. Es ist nur eine ungeschickte Nothlüge, daß die Sozialdemokratie zum Atheismus führe. Umgekehrt; Vebel hat recht: der Atheismus führt zur Sozialdemokratie. Die gottentfremdete Wissenschaft, die unter dem Schutze, ja im Dienste des Staates den Glauben untergräbt: diese ist die Mutter der Sozialdemokratie. Die darwinistischen Volksbildner, die gartenlaube-sigenden AußerKirchen-Schattensmänner und die konfessionslosen Pädagogen mögen sich für dies vernichtende Compliment bei den Sozialdemokraten bedanken.“

Wir sind mit diesem in seiner Art trefflichen Urtheile zufrieden: „Die Wissenschaft ist die Mutter der Sozialdemokratie!“

„Die Wissenschaft muß umkehren“, so riefen die reaktionären Kreuzzeitungsmänner in sittlicher Entrüstung aber mit überzeugungstremem Ernst — aber die Wissenschaft lehrt nicht um.

„Die Wissenschaft muß still stehen“, so ruft jetzt angelehnt der wissenschaftlichen Sozialdemokratie der bambergerische und birchow'sche Liberalismus — aber die Wissenschaft steht nicht still. Und die Sozialdemokratie, auf „die Arbeiter und die Wissenschaft“ gehütet, kann nicht vernichtet werden.

Da hilft kein konservativer Polizeibüttel, kein pfäffisches Augenverdrehen und auch keine liberale Heuchelei.

Bismarck's literarischer Kammerdiener, Herr von Treitschke, ist recht voreilig gewesen, als er in seiner Schimpfschrift „Der Sozialismus und seine Götter“, die vor Unfähigkeit trief, einen einfältigen, pinselhaften Ausfall gegen Lassalle machte. Er wußte nicht, daß sein Herr und Meister Bismarck von Lassalle derart eingenommen war, daß er seinem geprehten Liebesherzen im offenen Reichstage Luft machte. Hören wir diesen unseren Velein bekannten Bismarck'schen Liebeserklärungen gegenüber die Treitschke'schen Schimpfereien. Treitschke schreibt über Lassalle:

„Er ist ein Meister im Erfinden jener sinnlosen Formeln, welche durch den kraftvollen Ausdruck des Unsinn's den Hörer verblüffen. Er kennt wie wenige Sterbliche den unwiderstehlichen Zauber, welchen die Frechheit auf das nach Autorität verlangende Gemüth der Massen ausübt, und er handhabt diese Zauberkrast, denn er ist außer Stande, sich zu schämen. Die Natur versagte ihm diese Gabe, welche dem germanischen

Menschen fast niemals gänzlich gebricht. Seine Schrift gegen Lassalle ist nicht ganz so schändlich wie das von Lügen strotzende Passivwider Julian Schmidt; sie enthält einzelne Abschnitte von siegreicher polemischer Kraft. Doch in allen volkswirtschaftlichen Werken Lassalle's zeigt sich dieselbe Unfähigkeit, einen positiven und lebensfähigen sozialen Gedanken zu gestalten, und — dieselbe Verlogenheit!“

Unsinn, Unfähigkeit, Verlogenheit — aus diesen Begriffen ist der Treitschke'sche Lassalle zusammengesetzt.

Geistreich, liebenswürdig und lehrreich — ist der Bismarck'sche Lassalle.

Führt der literarische Kammerdiener Bismarck's, Herr von Treitschke, nicht, daß er sich unsterblich blamirt hat. Wir möchten nicht in seiner Haut stehen, da er fortwährend in Furcht sein wird, daß sein Herr und Meister ihm eins auf das ungewaschene, voreilige Schimpfmaul giebt.

Der wissenschaftliche Nationalliberalismus gegen den staatsmännischen Nationalliberalismus. Während die „großen“ nationalliberalen Staatsmänner Bennigsen, Laske und Stauffenberg das Ausnahmengesetz gegen eine große Partei oder besser gesagt: gegen eine Volksklasse durchdrücken helfen, erlaubt sich der nationalliberale Gelehrte, Professor Adolf Held, in seiner jüngsten Schrift: „Sozialismus, Sozialdemokraten und Sozial-Politik“ folgende Gedanken zu äußern:

„Hüten wir uns, den Arbeiter mit anderem Maße zu messen, als uns selbst. Die Krankheit der sozialen Bewegung wurzelt nicht in den boshaften Leidenschaften unserer Arbeiter allein; denn diese sind Menschen wie wir, keine Rasse mit besonderen Anlagen. Was schlimm an ihnen ist und insoweit sie schlimmeren Anschauungen huldigen, als andere Klassen — immer muß daran die Erziehung schuld sein, durch welche die ganzen Völker gezogen sind. Die Krankheit wurzelt in der ganzen Gesellschaft, in der Geschichte der Ideen, welche sich in der Geschichte entwickelt haben. Wo die ganze Gesellschaft gefehlt hat, da kann aber auch die ganze Gesellschaft helfen. So tief die Wurzeln der Krankheit liegen, dennoch ist es keine Krankheit, die den ganzen Volksorganismus verderben muß, ja es ist nicht einmal eine Krankheit, die uns nothwendig durch eine lebensgefährliche Krise hindurchführen muß. Freilich, die richtigen Mittel zur Bekämpfung des Uebels allgemein zu kennen und zu ergreifen, sind wir noch weit entfernt, weil wir das Uebel noch zu wenig kennen und zu viel mit instinktmäßigem Abscheu operiren. Wir können die Sozialdemokratie nie und nimmer überwinden, wenn wir uns begnügen, ihre äußeren Symptome niederzuschlagen. Wenn sozialdemokratische Redner und Schriftsteller offen das Gesetz verhöhnen, Hoch- und Landesverrath predigen, Berleumdungen aussprechen u., so müssen sie freilich bestraft werden, wie jeder Andere, der das Gleiche thut. Aber wir werden die Massen noch nicht mit treuer Gesetzesliebe erfüllen, wenn wir uns beschränken, die Autorität des Gesetzes äußerlich zu wahren gegen ihre offenen Gegner. Wir werden die Sozialdemokratie auch nicht überwinden, wenn wir uns in blinder Angst einem System reaktionärer überspannter Autorität in die Arme werfen; denn ein solches Gesetz arbeitet seinem Gegentheil, der wüsten Anarchie, in die Hände und die thörichte Angst reizt den Muth der Gegner. Daß die despotischen „Retter der Gesellschaft“ uns keinen Frieden schaffen können, hat die Erfahrung gelehrt.“

So der nationalliberale Professor Held! Aber der landläufige Nationalliberalismus, der „staatsmännische“ Nationalliberalismus? Er wirft sich in blinder Angst einem System reaktionärer überspannter Autorität in die Arme und stürzt das so schon übergenug gequälte deutsche Vaterland einer „wüsten Anarchie“ in die Hände. Der Liberalismus allerdings wird solchen ungeheuren Frevel schwer bezahlen müssen.

„Wir sind so frei — frei sein zu wollen.“ — An diesen Anspruch des Grafen Auersperg (Anastasijs Grün) knüpft ein Schriftsteller in dem „Zeitungs-Kurier“, einem nicht politischen Blatte, an und fördert folgende vernünftigen Gedanken zu Tage, trotzdem er seine antisozialistische Gesinnung noch erst besonders markirt hat:

„Männer, die zur Ausübung des Rechts der freien Rede befähigt sind, haben keine Zeit, noch viel weniger den Beruf, sich für die freie Rede einzuperrnen zu lassen. — Es widerstrebt dem politisch-gesunden Menschenverstand, daß die in London, Paris, Berlin und Petersburg verschiedenen Ansichten der Regierung über dies Recht der freien Rede alle richtig sein können: sie sind viel leichter alle unrichtig. — Es liegt keine Nothwendigkeit vor, daß gerade wir in der Verwerthung unserer Fähigkeit gehemmt werden sollen, im Gegentheil, wir sollten darin die Beihilfe des Staates entgegen können; denn die Leser wollen ein freies Wort und dieses Wollen ist billig; es verdient vom Staate befriedigt zu werden; würde ihm dann auch niemals gefährlich werden. — Johann Jacoby hat einmal ein sehr energisches Wort zu einem Könige gesprochen, vielleicht das energischste, das je ein Mann aus dem Volk an den König richten konnte: dem beschränkten Unterthanenverstand hätte er das Wort nie zu sagen gebraucht und die Zeit liegt jenseits unseres prophetischen Gesichtskreises, in welcher er es würde anwenden können. — Das Volk will und wird immer wollen, daß man nicht nur wahr, nein! das Wahre auch in freimüthigem Tone zu ihm spricht. — Wahrheit allein thut's freilich nicht; sie kann

sich in die langweilige doctrinäre Hülle der Buchform stecken und wird keinen Schauer vom Leisten wegloden, daß er in eine, „den öffentlichen Frieden bedrohende“ Krise geräth. — Das Argusauge des „Erzengels“ ist geschlossen gegen solche Wahrheit. — Nur freimüthige Wahrheit, kurze, elementare Wahrheit, in Flug- und Zeitschriften hat „viel Feind viel Ehr.“

Wir sind mit dem antisozialistischen Schriftsteller vollkommen einverstanden und freuen uns, solche ausgesprochene „Wahrheiten“ jetzt sehr häufig im „Vorwärts“ registriren zu können. Doch eins! Der Verfasser ruft die Beihilfe des heutigen Staates an, das freie Wort zu fördern. Armer Utopist! Da mußt Du allerdings warten, bis die sozialistische Gesellschaft entstanden ist — und weil Du daran nicht glaubst, bleibst Du ein unverbesserlicher Utopist.

Die Gastwirth werden zu Polizeispizeln degradir, wenn das Ausnahmengesetz in Kraft getreten ist; dies fällt auch die „Deutsche Gastwirthzeitung“, indem sie schreibt:

„Den Wirthen wird unter der Herrschaft dieser Bestimmungen die Hölle so heiß gemacht, daß sich jeder anständige, gesinnungsvolle Mensch wohl hüten wird, fortan dieses verhängliche Gewerbe zu ergreifen; und während man angeblich der guten Sitte wegen die Wirthe längst unter Ausnahmengesetze gestellt hat, ist man gegenwärtig bestrebt, diese Ausnahmengesetze noch zu verschärfen, Gesetze, deren nächste und unvermeidlichste Wirkung die sein muß und wird — die Wirthe gänzlich zu entsetzlichen und zu einer Verwilderung des Charakters zu führen, vor deren Konsequenzen jeder zurückbeben muß, der es mit dem Fortschritt zur Veredelung der menschlichen Gesellschaft ehrlich und gewissenhaft meint.“

Wer „untergräbt“ die Sittlichkeit, so fragen wir Herrn von Bismarck?

In Oesterreich wird der Wirwar immer größer. Dem ungarischen Ministerium ist das deutsch-oesterreichische Ministerium auf dem Fuße gefolgt — dasselbe mit dem Fürsten Auersperg an der Spitze hat gleichfalls seine Entlassung erhalten. Nun kommt wohl der Reichsfanzler Andraffy an die Reihe. Neuerdings haben die Oesterreicher wieder ein bedeutendes Gefecht gegen die Bosnier verloren. Der ungarische Reichstag verlangt Jurärberrschung der Armee aus Bosnien, der Kaiser wird bald merken, daß er auf der Berliner Konferenz sich hat in ein Netz locken lassen. Doch die — „Oesterreicher werden nicht alle.“

Parteigenossen! Sozialisten, Sozialdemokraten, Communisten! Gedenkt in den schweren Zeiten der Gemahregelten und Inhaftirten. Mehr den jemals thut ein gegenseitiges Einsehen Noth; mehr denn jemals gilt das Sprichwort: „Einer für Alle, Alle für Einen.“

Auch in unserem Berliner Parteiorgan werden die Arbeiter und Anhänger der Sozialdemokratie aufgefordert, in Rücksicht auf das unzweifelhaft zur Annahme gelangende Sozialistengesetz, in der Fabrik oder in der Werkstätte, beim Vergnügen oder unter gleichgesinnten Parteigenossen Sammlungen für die zukünftigen Opfer jenes Gesetzes vorzunehmen. Nicht darauf kommt es an, viel auf einmal zu geben, sondern das Augenmerk ist vor Allem darauf zu richten, daß die Gaben öfter fließen. Fünf oder zehn Pfennige die Woche kann Jeder geben. Wenn aber die Tausende von Berliner Sozialdemokraten auch noch so kleine Gaben darbringen, so wird es möglich sein, die empfindlichsten Schläge der Reaction unschädlich zu machen. — Und was für Berlin gilt, das gilt für ganz Deutschland! Mit diesem Ausrufe schließen wir uns der Ansicht unserer Berliner Genossen an.

Mit Ketten geschlossen. Unsern Parteigenosse Oppenheimer zu Barmen, welcher als Redakteur der „Bergischen Volksstimme“ zu sechs Monaten Gefängniß kürzlich verurtheilt worden ist, hat man am 5. October mit übereinander geschlossenen Händen nach Köln abgeführt.

In Stuttgart überbietet die Staatsanwaltschaft fast noch die Herren Tessendorf und Wohlfach. Parteigenosse W. Guldenfels, der Redakteur der Nummern 80 und 81 der „Süd-deutschen Volkszeitung“ ist am 7. October verhaftet worden. Ursache nicht bekannt. — Der in der Düringaffaire bekannt gewordene Studiosus und Schriftsteller Ed. Berg, welcher gegenwärtig in Paris weilt, wurde am vorigen Dienstag wegen Verleumdung des „herrlichen“ Kriegsheeres begangen durch die „Berliner Freien Presse“ vom Berliner Stadtgericht zu 3 Monaten Gefängnißstrafe contumacirt. — Genosse Dulk ist am 9. ds. vom württembergischen Schwurgericht wegen Religionschmähung zu einem Jahr Gefängniß verurtheilt worden.

### Correspondenzen.

Berlin, 8. Okt. Ueber die parlamentarische Situation vor der zweiten Lesung im Plenum äußert sich ein hiesiger fortschrittlicher Correspondent in auswärtigen Blättern: „Als politische Interesse knüpft in diesem Augenblicke an das Sozialistengesetz an. Und doch ist es eigentlich nicht das Gesetz selbst, sondern die Stellung der nationalliberalen Partei zu demselben, was vorzugsweise interessiert. Das Gesetz selbst wird unzweifelhaft zu Stande kommen; eignet sich die Mehrheit einmal die Anschauungsweise des Begehrentwurfs an, daß eine einzelne politische

Parteilichkeit unter Umständen durch Polizeimittel zu unterdrücken sei oder unterdrückt werden könne, so erscheinen die Formfragen, über welche die Kommission nunmehr zwei Wochen hindurch verhandelt hat, als sehr nebensächlich. Die Ausdehnung dieser Verhandlungen kommt ausschließlich auf Rechnung der nationalliberalen Partei. Der Standpunkt der Gruppen rechts und links von den Nationalliberalen war in der Kommission ein ganz bestimmt gegebener. Die nationalliberale Partei aber war in sich uneins; sie erschien fast bei jeder Abstimmung gespalten. Alle Reden der Conservativen einerseits, der Fortschrittspartei und des Centrums andererseits hatten daher nur den Zweck, einen ausschlaggebenden Theil der Nationalliberalen nach Rechts bzw. nach Links hinüberzuziehen. Die nationalliberale Partei im Ganzen war von vornherein unter Aufgebung des im Mai eingenommenen Standpunktes auf den Boden des Regierungs-Entwurfs getreten. Aber manche ihrer Mitglieder wollten wenigstens bei den Einzelbestimmungen über die Verfolgungsmethode der Sozialisten markiren, daß sie noch einen selbstständigen Standpunkt annahmen und keineswegs gesonnen seien, in die große Partei Bismarck sans phrase überzugehen. Dieses selbstständige Auftreten an sich, weniger der Gegenstand, um den es sich dabei handelt, scheint beim Kanzler jene Mißstimmung hervorgerufen zu haben, welche der bekannte Artikel der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ gegen Lascher reflektirte. Die Wirkung dieses Artikels auf die Nationalliberalen in der Kommission war eine wunderbare. Vor jenem Artikel erschien Lascher in der Kommission als ihr Führer. Nach jenem Artikel wurden auch die nationalliberalen Amendements, mit welchen Lascher von vornherein einverstanden war, nicht mehr von Lascher, sondern von anderen Fraktionsmitgliedern eingebracht. Schwerer als das äußerliche Zurücktreten Lascher's wiegt aber der Umstand, daß er jetzt mehr und mehr bei den Abstimmungen isolirt blieb. Denjenigen gab mit den übrigen Fraktionsgenossen (Stauffenberg war zuletzt meistens verbunden) vielfach gegen ihn nach Rechts den Ausschlag. Die anderen Parteien hatten zuerst angenommen, daß der linke Flügel der Nationalliberalen auf den Boden des Ausnahmegesetzes nur getreten sei, nachdem er von der übrigen Partei bestimmte Zusicherung erhalten, daß unter allen Umständen gewisse Garantien und Einschränkungen gemeinschaftlich festzuhalten seien. Der Verlauf der Commissionsverhandlungen hat diese Voraussetzungen gestört. Lascher-Stauffenberg wurden in der wichtigen Frage der obersten Beschwerdeinstanz von den Fraktionsgenossen im Stiche gelassen; die Handhabung des Ausnahmegesetzes wurde einem Ausnahmegericht unterstellt. Damit hat sich der linke Flügel in die denkbar ungünstigste taktische Position gebracht. Lascher konnte dem Gesetze, wie es aus der Commission hervorging, im Gegensatz zu seinen Fraktionsgenossen nicht zustimmen; er hat aber auch nicht gegen das Gesetz gestimmt, in welchem er schon so viel Bedenkliches annehmbar erklärt hatte. An und für sich liegen im Plenum die Chancen für Lascher allerdings günstiger als in der Commission. Dort waren die 38 Stimmen der Polen, Elsäßer und Sozialdemokraten in Folge der bekannten Vorgänge bei den Wahlen durch Gneiss vertreten; zudem fehlte in der Commission zum Schluß Stauffenberg. Aber immerhin bedarf Lascher im Plenum aus den Nationalliberalen 25 Stimmen, um seinen Standpunkt zur Geltung zu bringen. Wird er diese finden? Wird er die in der Commission verlorenen Positionen wieder zu erringen suchen, oder wird er gar das, was er in der Commission für unannehmbar erklärte, im Plenum, wenn auch erst bei der dritten Lesung, für annehmbar erachten? Fürst Bismarck nimmt seinen Vortheil wahr; die Schwäche der nationalliberalen Stellung muß ihn erst recht zu dem Versuch anfeuern, die Nationalliberalen bis auf den letzten Mann und auf den letzten Punkt seinem Willen zu unterwerfen oder, was ihm noch erwünschter sein muß, einen kleinen Rest mit Lascher aus der Fraktion zu drängen und dadurch die Uebrigen auch für seine anderen Pläne um so gefügiger zu machen.

**Danzig, 4. Oktober.** Von unserm „verlorenen Posten“ dringt selten ein Lebenszeichen zu Ihnen. Es ist Zeit, daß auch wir uns in Reich' und Glied stellen und unser vielfach bezweifeltes Dasein dokumentiren. Unsere bescheidene Chiffre am Fuße dieser Zeilen soll das Wappen der von den Gegnern bemitleideten „zwei Apostel Danzigs“ sein, welche sich jedoch inzwischen recht ansehnlich vermehrt haben. — Noblesse oblige! Stellen wir uns daher zunächst der „Danziger Zeitung“ vor und machen wir ihr unser Compliment.

Mit stiller Genugthuung reproduziert die „Danziger Zeitung“ in Nr. 11182 die in der „Königsberger Hartung'schen Zeitung“ abgedruckte Erklärung des Bankiers Samter, in welcher derselbe sich vermahrt, nationalliberal genannt zu werden; er sei allerdings kein Sozialdemokrat, aber ein Sozialist.

Wie erklärt sich Herr Samter wohl den Unterschied zwischen Sozialist und Sozialdemokrat? Wenn er auf die Unterscheidung dieser Begriffe dasselbe objektive Urtheil anwendet, welches man seinen kathedersozialistischen Schriften nachrühmt, so würde er unfehlbar zu der knappen Definition: Theorie und Praxis — gelangen. Daß der Sozialismus auch in der Gestalt, die Herr Samter ihm gegeben, in einem Polizei- und Militärstaat ein frommer Wunsch bleiben muß, und daß es einer Revolution, d. h. wohlgerichtet, einer durchgreifenden Umgestaltung des herrschenden Regierungssystems bedarf, bevor an die Verwirklichung sozialistischer Ideen, beispielsweise der auch von Herrn Samter empfohlenen gleichmäßigen Vertheilung von Grund und Boden, gedacht werden kann, das wird Herr Samter vielleicht einsehen!

Mit den Theorien allein, die vom Katheder der privilegierten Wissenschaft herab gepredigt werden, ist dem Arbeiter nicht gedient; wenn er schon hungert, so ist die Frage, warum er hungert? nur dann von Bedeutung für ihn, wenn ihm die Antwort darauf den Weg und die Mittel zu seiner Befriedigung zeigt. Die Methode des Herrn Samter, die Ursachen des im Proletariat allgemein herrschenden Elends anatomisch zu zergliedern, so gut er es eben versteht, — gegen den Verdacht, für die Beseitigung dieser Ursachen zu wirken, aber lebhaft zu protestiren, liefert uns den besten Beweis, welche Verbesserung ihrer Lage die arbeitende Klasse von dem Wohlwollen der Besitzenden zu erwarten hat! Wenn man den Arbeiter auf ökonomischem Gebiet unaufhörlich zur „Selbsthilfe“ hindrängt, so wird man ihm wohl gestatten müssen, daß er sich zunächst auf politischem Gebiete selbst hilft; nur so kann er seine Aufgabe lösen.

Wie würde es Herrn Samter gefallen, wenn sich z. B. die Thätigkeit des Erfinders der Dampfmaschine nur auf wissenschaftliche Hypothesen und auf die Erlangung mathematischer Gewißheit erstreckt hätte? Wenn er die ihm zur Konstruktion der Maschine zu Gebote stehenden technischen Mittel unbenutzt gelassen hätte, aus Furcht, dadurch eine großartige Umwälzung der Verkehrs- und Produktions-Verhältnisse herbeizuführen? Oder wenn der Versuch, den menschlichen Gedanken mit Blitzesschnelligkeit über den Ozean zu schleudern, an der allgemeinen Ueberzeugung gescheitert wäre, daß die gesellschaftlichen Zusammenhänge durch den Telegraphen ein anderes Gepräge erhalten würden? — Herr Samter verurtheilt gewiß den allgemeinen Widerstand, welchen kurzfristige Sonderinteressen jenen Erregungskräften des menschlichen Geistes bereiten, und dennoch hält er es mit seinem gefunden Menschenverstande und seinen sozialistischen Anschauungen für vereinbar, so paradoxe Behauptungen, wie die obige, öffentlich zu proklamiren? Denn wenn Herr Samter den Einwand machen wollte, daß seine sozialistischen Prinzipien in der Theorie richtig, in der Praxis aber nicht anwendbar seien — was hat ihn denn bewogen, Berge kreisen zu lassen, um eine Maus zu gebären? Was würde es wohl der Industrie nützen, wenn auf dem Papier ein Perpetuum mobile erfunden würde, das sich für reale Zwecke nicht verwerthen läßt, und welches Verdienst hätte sich Gutenbergs um die Menschheit erworben, wenn er ihr lediglich die Entdeckung gemacht: es wäre ganz hübsch, die Gedanken auf mechanischem Wege vielfältig verbreiten zu können? Oder wenn die Erfinder und Bervollkommer des Teleskops sich dem stillvergäuglichen Gedanken hingeeben hätten, es müßte doch etwas Herrliches sein, sich den Mond genau anzusehen? — Ja, sagt vielleicht Herr Samter, das waren Acquisitionen der Technik, da konnte man sich durch einen praktischen Versuch von der Ausführbarkeit des Projekts vorher überzeugen! — Das ist's aber eben, was auch wir nur wollen, die Gelegenheit zu praktischen Versuchen und unparteiische objektive Beurtheilung solcher Versuche. Denn daß z. B. seit Entdeckung und Verwendung der Dampfkraft mancher Dampfessel geplagt ist und mancher noch plagt kann, wird auch Herr Samter wohl kaum als Argument für die Unzweckmäßigkeit der Dampfmaschinen geltend machen wollen.

Herr Samter aber hält sich in eine oster-sozialistische Ummantelung, aus der die nationalliberalen Ohren hervorgucken. Er hat es nicht nötig, Sozialdemokrat zu sein, er kann sich den Luxus erlauben, in „Sozialismus“ zu privatisiren, und wenn er dieses Privatvergnügen auch mit einer — übrigens in ziemlich verdächtig ostentativer Weise in Scene geföhrt — kleinen Schmälerung seiner Revenuen bezahlen mußte, so denkt er bei sich: „Meine Mittel erlauben es mir!“ Nebenbei spekulirt er ein wenig auf das Gedächtniß der Nachwelt an den „gemäßigten Märtyrer“ der sozialen Sache. — Wie es Schmarozker der Wissenschaft giebt, so giebt es auch solche der Bestimmung. Es sei ein Jeder vor ihnen gewarnt! —

Daß die „Danziger Zeitung“ solchen Parteikindern ihre Spalten öffnet, ohne sie zu commentiren, nimmt uns freilich nicht Wunder. Fremdend ist nur, daß sie an anderer Stelle die „Hohheit unseres Evangeliums“ beklagt, während sie selbst voll ist — von gesinnungslosen Sätzen. Ein Blatt, das schamlos genug ist, zu behaupten: „es ließe sich darüber streiten, ob die Freiheit der Lehre menschenwürdig ist oder nicht“, — wie dies die „Danziger Zeitung“ in Nr. 11180 bei Besprechung des englischen Straffsystems thut, — ein solches Blatt hat sich selbst das Urtheil gesprochen!

Mit sozialdemokratischem Gruß  
x. y. z.  
g. Frankfurt a. M., 8. Oktober. Der heutige „demokratische Beobachter“, dessen Redakteur den ominösen Namen Rangier führt, kanngeheert in seinem „Sprechsaal“ in folgender Weise: „Herr Redakteur! Sie brachten jüngst nach Berliner Blättern die Erzählung über einen Vorgang aus Lassalle's Leben, worin auch der „wahrhaft orientalische Luxus“ erwähnt war, mit dem dieser Arbeiter-Agitator sich in seiner Wohnung zu umgeben liebt. Ich kann hierzu aus eigener Erfahrung einen Beitrag liefern, der vielleicht für Viele nicht ohne Interesse ist. Es war im Jahre 1846. Lassalle hatte noch nicht die soziale Frage in die Hand genommen, wohl aber schon die vielgenannte Gräfin in die Arme geschlossen und wählte Berlin zu seinem Aufenthalt. Der Postapezierer Hildl, bei dem ich damals als Gehülfe in Condition stand, wurde mit der überaus luxuriösen Ausstattung der Lassalle'schen Wohnung beauftragt und mancher kostbare Möbeltransport fand unter meiner Begleitung seinen Weg in die Wohnung des Herrn. Als Alles an seinem richtigen Platz stand und Herr Lassalle wie ein Fürst sich eingerichtet hatte,

wollte mein Prinzipal, wie man zu sagen pflegt, auch „Geld sehen“; Herr Lassalle fand das aber keineswegs für nötig, wenigstens preiserte es ihm gar nicht. Nach monatelangen Wahnungen wurde die Lage ange stellt — Herr Lassalle unternahm inzwischen mit seiner Gräfin eine Bergnügungsreise, das Ende vom Lied war, daß Herr Hildl, der Postapezierer, nicht nur seine Möbel wiederbekam, sondern noch dazu die Bibliothek Lassalle's, welche zur Deckung ausgewachsener Kosten u. an Antiquare und Büchertrödler verkauft wurde. Mit dem „großen Vermögen“, welches Lassalle gehabt haben soll und das auch in seinem Testament paradiert, scheint es also nichts gewesen zu sein; es war Schwindel, gleichwie denn Lassalle in seinem ganzen Wesen viel vom kombianten hatte. Wer da glaubt, daß der Mann ein wirklicher Arbeiterfreund gewesen sei, ist ein Narr.“

Daß der Herr Rangier der früheren Gehilfen eines Berliner Postapeziers, einem gegenwärtigen kennegeheerten Frankfurter Spießbürger, in dieser Weise das Wort erlaubt, beweist nur, daß der Redakteur des „Beobachter“ nach dem Tode seines geistvollen Bruders zu verjumpten anfängt. Zur Sache selbst sei nur bemerkt, daß Lassalle eine sehr bedeutende Bibliothek hinterlassen hat und daß er im Jahre 1846 einundzwanzig Jahre alt war, während die Gräfin Hildl einundvierzig Jahre zählte. — Doch noch Eins: Lassalle war im Jahre 1846 gerade in Paris gewesen und hatte wohl deshalb bemerkt, daß der Gehilfe des Postapeziers ein großer Stämper war und die Möbel u. c. überaus geschmacklos gearbeitet hatte, deshalb stellte er sie zur Disposition. Wenn der gegenwärtige Frankfurter Tapeziermeister, der Schreiber obiger Infamie gegen Lassalle, nur seinen Namen nennen wollte, so würde es Jedermann klar, daß man es mit einem unfähigen, halbpankerotten Spießbürger zu thun hat. Schäm dich, „demokratischer“ „Beobachter“!

**München, 8. Oktober.** Als vor einigen Jahren der „Zeitgeist“ vor der Heranziehung der fremden Arbeiter, besonders der italienischen und böhmischen warnte und einzelne sozialistische Redner diesem Gedanken Ausdruck gaben — da war die liberale Presse mit ihrem Urtheil gleich fertig und hieß den „Zeitgeist“ und die Redner „Hejer“ und „Aufwiegler“. Seitdem ist gar viel Wasser durchs Narbeit geflossen und die Liberalen haben so Manches erfahren müssen, daß sie nicht nur kläger geworden sind, sondern ein großer Theil lief ganz flott aus dem liberalen Lager fort und segelt, wenn auch noch nicht mit enthüllter Flagge, im schützjöllnerischen Johrwasser. — Die „Süddeutsche Presse“ ist die Arche, in welche die Flüchtlinge sich gerettet vor der mancherleiden Sündfluth. Nun wird aber dasselbe, was der „Zeitgeist“ und die „Umsturz-Agitatoren“ vor Jahren geschrieben und gesprochen, von der „Süddeutschen Presse“ gelehrt. In einem ohne weitere Bemerkung abgedruckten Artikel, mit dem also die „Süddeutsche Presse“ wohl einverstanden sein muß, wird über das Unwesen der Submissionen gellagt, über die Beschäftigung italienischer und österreichischer Arbeiter und sogar Kesservervolten werden in Aussicht gestellt, in der Absicht, die Regierung — hier zunächst die kgl. Direktion der Verkehrsanstalten — zu einer Aenderung dieses Systems zu bewegen. Und nach welchen Grundsätzen soll reformirt werden? Der erwähnte Artikel meint, an Stelle der Preis Konkurrenz müsse das Prinzip der Qualitätskonkurrenz treten und fremde Arbeit dürfe erst dann aufgerufen werden, wenn die einheimische versorgt ist. Also Qualitätskonkurrenz, d. h. das Bessere ist auch das Billigere, selbst wenn es theurer ist als das Schlechtere, das wäre der erste Rettungsgrundsatz und er ist gewiß nicht übel, so wenig als der andere, welcher den Schutz der heimischen Arbeit verlangt. Aber nehmt euch doch bei eigener Nase, ihr Herren, ihr braucht wahrlich nicht an die Regierung zu gelangen. Habt ihr nicht selbst das gleiche Spiel gespielt, habt ihr nicht selbst den bedürftigarmen Italiener, Böhmen und Tiroler dem bayerischen und deutschen Arbeiter vorgezogen, weil der Polentaesser billiger kam als der Bayer, der wenigstens Brod, Fleisch und Bier zu seiner Existenz unerlässlich hält. Jetzt habt ihr euch im eigenen Neße gefangen. Allerdings hungern so viele brave bayerische Arbeiterfamilien, aber ihr selbst seid ebenfalls an der Schwindfluth erkrankt, auch euch wird's jetzt warm unterm Sitzfleisch und da schreit ihr Feuer! Euch darf man nicht Hejer und Aufwiegler nennen, denn ihr seid die Herren, und das, Bauer, ist etwas anderes!

**Bern, 25. September.** Das schweizerische Fabrikgesetz mit seinem Normalarbeitstage trägt, wie die Berliner „Vossische Zeitung“ berichtet, die besten Früchte. Die Besorgnisse, welche sowohl aus industriellen als auch aus Arbeiterkreisen selbst an dieses Gesetz geknüpft wurden, haben sich nicht erfüllt. Die Leistungen der Affordarbeiter sind nahezu dieselben wie früher bei 13 Stunden. Demgemäß müssen auch die tagelöhnenden Arbeiter in der kürzeren Zeit mehr leisten. Man fand, bei einem nunmehr 5 1/2 stündigen Halbtage genüge eine bescheidene Erfrischung, die von Hause mitgebracht wird, das beliebige Betragen von geistigen Getränken aus dem Wirthshause hat aufgehört. Die Löhne sind allerdings im Verhältnis zu den ausfallenden Stunden etwas stark reduziert, dagegen sieht man des Sommers am frühen Morgen und am Abend die Fabrikarbeiter mit Ackergeräthen aufs Feld gehen, und im Winter werden sie auch wohl zu Hause etwas zu thun finden. Der Anfall wird durch solche Nebenbeschäftigung mehr als gedeckt, und für die Gesundheit ist die Abwechslung in der Arbeit sehr wohlthätig. Es wird für die Arbeiter von den Fabrikanten gegen billigen Zins Land gewünscht und bemerkt, daß man seit Einführung der eis-

stündigen Arbeitszeit die Arbeiter auffallend fetter in Wirthshause treffe. Es hänge dies zwar mit der schlechten Zeit und den geringen Löhnen, mehr aber noch damit zusammen, daß die Arbeiter, weniger abgepannt und noch bei hellem Tage heimkehrend, mehr aufgelegt sind zur Arbeit und es der Mühe werth finden, die längere Ruhezeit hierzu zu verwenden. (Daß die Fabrikanten keine Einbuße zu erleiden haben, ist klar, da sie es ja in der Hand haben, die Löhne zu kürzen, jedoch meinen wir, daß bei einer eisständigen Arbeitszeit dem Arbeiter wenig Mühe zu Nebenarbeiten bleiben dürfte. Im Gegentheil, nur die Noth zwingt die Arbeiter, sich nach einer Nebenbeschäftigung umzusehen. D. R. d. B.)

**Bromberg, 1. Oktober.** Der Arbeitmann Regedomski, Soldat an der Ostbahn beschäftigt war, und als Weibolud den Feldzug 1870/71 mitgemacht hatte, stürzte vor einigen Wochen beim Schichtwechsel in eine Grube. Er wurde bewußtlos herausgezogen und zu seiner Frau geschafft. Die Folge dieses Unglücks war, daß der Mann zwar wieder genas, aber seinen Verstand verlor. Er ist nun lediglich auf den Verdienst seiner Frau angewiesen. Die Direktion der Ostbahn bewilligte zwar einige ärmliche Unterstüzungen, jetzt jedoch soll auch dies wegfallen. So ist es aber allgemein, erst nützt man den Arbeiter auf alle Art aus, und wenn er in der Folge verunglückt, giebt man ihm ein Almosen und — einen Fußtritt. Und so werden die Bestimmungen über die Haftpflicht gehandhabt; jetzt soll der Mann resp. die Frau prozessiren, wer giebt aber das Geld dazu? — Schöne Weltordnung!

**Wahlkreis Alzen-Bingen.**  
Sollte sich in unserm Wahlkreise Niemand finden, der eine engere Verbindung der Gleichgesinnten anstreben könnte? Wollte der Betreffende nicht seine Adresse behufs Näherem im „Vorwärts“ bekannt geben?  
R. R.

**Briefkasten**  
der Redaktion. X. Y. Z. Artikel angekommen.  
Parteilgenosse Jentsch, 1876 Maurer in Düsseldorf, wird um seine Adresse gebeten.  
Düsseldorf. Heinrich Langer, Mertensgasse 15.

**Zur Beachtung!**  
Da Nachnahmesendung den Preis der Schriften wesentlich erhöht, sowie bei Nichteinlösung derselben uns bedeutende Portoauslagen erwachsen, versenden wir von nun an nur mehr gegen baar.  
Leipzig, den 9. Oktober 1878.  
Die Expedition des „Vorwärts“.

**Roh-Tabak.**  
Domingo 45. 55. Blatt 120 Pf. (8c)  
Brasil 60. 70. 80. 100. do. Blatt 6—7 Pfd. (8c)  
dedend 130 Pf.  
Seedleaf 45. 50. 55. do. Blatt 80. 100. 120—180  
Java 90. 150. 160. 180. 250 Pf.  
Palmyra 130. 135. 170. Rio Grande 60 Pfd. (3,30)  
Carmen 80. 100. 120. Saratow 40 Pf. (3,30)  
Ferd. Gätjens, Altona, Rathausmarkt 36.

**Agenten**  
oder Provisions-Reisende mit guten Referenzen engagirt die bekannte Cigarrenfabrik (3b) [1,80]  
Herm. Otto Wendt, Bremen.

**Roh-Tabak-Lager**  
3,00) von (3. 158) (2.)  
Nickels & Menge  
Neuhäbter Fuhrtenwiete Platz 105  
Hamburg.

**Abonnements-Einladung.**  
Mit 1. Oktober begann der 4. Jahrgang des in einer Auflage von 40,000 Exemplaren erscheinenden illustrierten Familienblattes  
Die Neue Welt.  
Wöchentlich 1 1/2 Bogen. Preis viertelj. M. 1,20.  
Zu Festen a 30 Pf.  
Alle diejenigen Gesinnungsgenossen, welche Gelegenheit haben Sammelmaterial in Vereinen, Werkstätten, Wirthschaften und Familien zu verbreiten, werden dringend um sofortige Angabe ihrer Adresse und der Zahl der ihnen zu sendenden Exemplare gebeten. — Eine entsprechende Subscriptionsliste (Abonnenten-Sammel-liste) wird in mehreren Exemplaren der Sendung beigefügt.  
Die Freundschaft und Abhängigkeit unserer so großen Leserschaft wird uns noch weitere Wohlthaten erschießen helfen — darauf meinen wir mit Sicherheit rechnen zu dürfen.  
Expedition der „Neuen Welt“,  
Leipzig, Adreßstr. 1211.

Im Selbstverlage des Verfassers ist erschienen und durch uns zu beziehen:  
**Die Zukunft der Sozialdemokratie.**  
Von  
J. Dieckgen.  
Preis per Exemplar 15 Pfg.  
Versandt nur gegen Einzahlung des Betrages. Das Porto für Kreuzband kostet für 1—4 Ctpl. 3 Pfg.  
Leipzig, 10. Oktobr. 1878.  
Die Expedition des „Vorwärts“.

Verantw. Redakteur: Franz Gähßler in Leipzig.  
Redaktion und Expedition Försterstr. 12. II. in Leipzig.  
Druck u. Verlag der „Vorwärts“-Buchdruckerei in Leipzig.